

Deutsche Bischöfe wollen Einführung der Finanztransaktionssteuer

Weitere Vorschläge wie etwa eine Bankenabgabe lehnen sie zudem nicht ab - Suche nach mehr weltweiter Gerechtigkeit darf nicht vor globaler Finanzindustrie Halt machen

28.05.2010

München, 28.05.2010 (KAP) Die katholischen Bischöfe in Deutschland stehen nach den Worten des Bamberger Erzbischofs Ludwig Schick hinter der Forderung, eine Finanztransaktionssteuer einzuführen. Weitere Vorschläge wie etwa eine Bankenabgabe lehnten sie zudem nicht ab, sagte der Vorsitzende der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz am Freitag in Nürnberg. Die Steuer sei ein "sinnvolles Instrument", um die internationalen Finanzmärkte stärker an die Realwirtschaft und das Gemeinwohl zu binden. Die Suche nach mehr weltweiter Gerechtigkeit dürfe nicht vor der globalen Finanzindustrie Halt machen.

Gleichzeitig erinnerte Schick daran, dass die Einnahmen aus dieser Steuer nicht zur Sanierung des Haushalts dienen dürften. Sie müssten vielmehr den Bedürftigen in Deutschland und der ganzen Welt zugutekommen; "die Armen erwarten mehr von uns, als die politisch Verantwortlichen bisher zu entscheiden bereit waren". Der Erzbischof kritisierte, dass es zwar eine Zusage der deutschen Regierung zur Einführung einer Transaktionssteuer gebe, jedoch sonst noch kein konkretes Ergebnis erreicht sei.

Die Kampagne "Steuer gegen Armut" habe einigen Schwung in die Debatte um eine gerechtere Besteuerung von Finanzgeschäften und eine bessere Unterstützung der Armen in dieser Welt gebracht, lobte Schick. Anlass war eine Tagung zu dem Thema, die von der Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus und der Jesuitenmission veranstaltet wurde. Die Steuerinitiative wird von Gewerkschaften, kirchlichen Verbänden und Entwicklungshilfeorganisationen getragen.

Detlev von Larcher vom Koordinierungskreis von "Attac" Deutschland sagte, die Kampagne habe es geschafft, die Transaktionssteuer zum "Synonym für mehr Gerechtigkeit" zu machen. Das Bündnis werde es jedoch nicht zulassen, dass die Entwicklungszusammenarbeit vergessen werde, wenn die Mittel nach einer möglichen Einführung verteilt würden. Der Vorsitzende der deutschen IG Bau, Klaus Wiesehügel, wies darauf hin, dass der Staat die Einnahmen auch für wichtige Zukunftsinvestitionen brauche.